Wenn unsere früheren Feinde uns diese Vernichtungen als Barbarei anrechnen, so haben sie sich derselben Sünde in viel höherem Maße schuldig gemacht. Städte und Dörfer hinter unseren Fronten haben sie planmäßig unter Feuer gehalten und zerstört. In Saint Quentin, Paon, Ba [illegible] Reims usw. ist kaum ein deutscher Schuß gefallen. Diese Städte dienten uns ja als Unterkunft. Trotzdem sind sie heute nur noch Ruinen. Das ist das ausschließliche Werk der feindlichen Artillerie, die der deutschen an Zahl fast immer überlegen war und keinen sparsamen Gebrauch von der Munition machte. Das war besonders bei den großen Angriffen der Fall. Dann ging ein mehrtägiges Trommelfeuer über unsere Front und das Hintergelände nieder. Bei der Flandern-Schlacht 1917 zum Beispiel dauerte die feindliche Artillerievorbereitung 14 Tage, in der Arras-Schlacht 1917 15 Tage, in der Somme-Schlacht: 1916 7 Tage, in der ersten Aisne-Schlacht 10, in der zweiten 6 Tage. Die Angriffsfront betrug in der Flandern-Schlacht 25 Kilometer, bei Arras 30 Kilometer, im Sommegebiet 40 Kilometer, in der ersten Aisne-Schlacht 40, in der zweiten 25 Kilometer. Unter diesem feindlichen Eisenhagel sanken ganze Dörfer und Städte in Trümmer; nichts ist von ihnen mehr erhalten. Ob dabei immer das militärisch notwendige Maß beobachtet wurde, wäre noch eine Frage an sich. Im allgemeinen hatte der Feind natürlich das Recht, unsere Front und Unterkunftsstätten zu beschießen; aber wir können nicht ruhig zusehen, daß die Entente uns das auferlegt, was sie selbst vermieden hat. Wenn zwei dasselbe tun, so scheint das auch im Kriege nicht dasselbe zu sein. Und schließlich hat Lloyd George am allerwenigsten Grund, über deutsche Verwüstungswut zu klagen. Gegen die mit ausgesuchter raffinierter Gehässigkeit vorgenommene Verwüstung der rumänischen Oelfelder nehmen sich unsere Zerstörungen fast harmlos aus.

Die unparteiische Geschichtsforschung wird über unsere Kriegsmaßnahmen anders urteilen als die Lloyd George und Briand; sie wird vor allem nicht dieselben Maßnahmen bei uns als barbarisch verdammen und sie auf der anderen Seite als den Ausfluß höchster militärischer Weisheit feiern.

Lloyd Georges Unterhausrede.

London, 11. März. Lloyd George erklärte weiter zu seiner Rede: Deutschland sei durch den Vertrag verpflichtet, auf Aufforderung zu liefern. Daher seien die Alliierten in der Lage, diese besondere Methode, um das Geld einzutreiben, zu erzwingen. Zugleich sei dies, abgesehen von den Strafmaßnahmen, die beste Art, um der Lage zu begegnen, und er glaube nicht, daß sie für Deutschland selbst unannehmbar sei. Außerdem müsse noch etwas an barem Gelde an England, Frankreich, Belgien und Italien bezahlt werden, und dies wolle man auf dem Wege einer Art von Annektierung des Ausfuhr-Ergebnisses erreichen. 1920 seien für 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling Waren von Deutschland nach England eingeführt worden. Dieses Jahr würden es wahrscheinlich 50 bis 60 Millionen werden. Davon würden nach Abzug aller Vergütungen etwa 30 Millionen Pfund Sterling übrigbleiben.

Es könnte keine größere Gefahr geben, als wenn die 100 Millionen Einwohner Deutschlands und Oesterreichs zur Verzweiflung getrieben würden.

Er sei der letzte, der irgend etwas tun würde, um sie zur Verzweiflung zu treiben. (!) Doch er sei überzeugt, daß Deutschland seinem Problem eher ins Auge sehe, wenn die Alliierten es Deutschland klarmachen, daß sie nicht nachgeben. Lloyd George erklärte, Deutschland muß verstehen, daß die Alliierten wollen, daß es bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlt. Wenn Deutschland auf der Konferenz gesagt hätte, 42 Jahre sind zu lang und bedeuten Knechtschaft und Sklaverei von Generation zu Generation, wir wollen die Jahreszahlungen so ordnen, daß wir den Zeitraum abkürzen können, das wäre nicht nur zum Vorteil Deutschlands, sondern auch in unserem eigenen Interesse gewesen. Wenn Deutschland gesagt hätte, die 12 Prozent Abgabe ist kein gutes Verfahren. Wir schlagen diesen oder jenen anderen Weg vor, dann würden wir darüber gesprochen haben. Was taten die Deutschen aber? Erst ganz zu Ende und nach einem Ultimatum kamen sie mit fünf Jahren und vorausgesetzt, daß Oberschlesien nicht gegen sie stimme. Dabei war kein Nachweis einer Zahlung. Wie konnten wir unter diesen Umständen sagen, daß die Grundlage für eine Regelung zwischen uns bestehe? Das war unmöglich. Ich weiß, warum Dr. Simons nicht den Auftrag erhalten hatte zu regeln. **So sehr sich auch Dr. Simons um eine Regelung bemühte, so wagte er doch nicht, zu regeln. (!) Deutschland war nicht von der Notwendigkeit einer Regelung überzeugt. Um Deutschland von dieser Notwendigkeit zu überzeugen, sind wir zur Aktion übergegangen.** Die Bill, die wir morgen einbringen, würde besser unter einem Abkommen wirken, als jetzt ohne Abkommen. Aber wirken wird sie, mit oder ohne Abkommen. Deutschland hat durch Widerstreben alles zu verlieren und nichts zu gewinnen. Ich meine nicht nur die Besetzung jener Städte, die eine sehr ernste Sache für Deutschland bedeutet. Deutschland mag davon reden, daß es seine gesamte Ausfuhr nach allen alliierten Ländern einstellen werde. Wenn es dies jedoch tut, wird es eine solche Arbeitslosigkeit bekommen, wie kein großes Industrieland der Welt je erlebt hat. Wenn Deutschland begreift, daß die alliierten Mächte ohne Ausnahme beabsichtigen, gerecht (!) und billig (!) mit ihm zu verfahren, jedoch auch entschlossen sind, fest gegenüber Deutschland aufzutreten, wird es zu einem viel besseren Abkommen gelangen, als wenn es ermutigt worden ist, zu glauben, daß wir in unseren Ansichten geteilt sind.

Auf die Bemerkung Macleans, es sei eine wahre Katastrophe, daß die Armeen wieder in Bewegung gesetzt worden seien, erwiderte Lloyd George, es sei Deutschlands Sache, ein Angebot zu machen, das als genügend angesehen werden könne. Wedwood Benn erklärte, England dürfe nicht von Frankreich ins Schlepptau genommen werden, das nicht wolle, daß Deutschland wiederhergestellt wird. Der Arbeiterführer Thomas sagte, man müsse Deutschland zahlen lassen. Indem die Arbeiterpartei nichts tun würde, um die Regierung in ihrer schwierigen und heiklen Aufgabe zu hindern, übernehme sie keine Verantwortung für die Politik, die jetzt befolgt werde. Chamberlain erklärte, wenn die Deutschen einsähen, daß sie ihren Verpflichtungen nachkommen müßten, wenn sie versuchen, sie zu erfüllen, dann könnten sie kommen und die Alliierten bitten, diese oder jene Bedingung zu erwägen. Dann würden sie auch angehört werden. (W. T. B.)

Die Dialektik Lloyd Georges ist allgemach zu abgebraucht, als daß sie in Deutschland noch irgendwelchen Eindruck machen könnte. Nur das eine muß gesagt werden, wenn Lloyd George in der einen Hand die Peitsche und in der anderen den Moralkodex mit seinen Rechts- und Billigkeitsgrundsätzen hält, so wirkt das geradezu abstoßend.

Pressestimmen zu Lloyd Georges Rede.

Berlin, 11. März. Die Blätter bezeichnen die Rede Lloyd Georges im Unterhause über die Londoner Konferenz als ein dialektisches Kunststück, das keine Beweise enthalte. Die „Deutsche Allg. Ztg." sagt: Die Aktion, wie Lloyd George in beschönigender Weise den Vormarsch der Alliierten in dem Industriebezirk und die Anwendung sonstiger Sanktionen bezeichnete, stellt einen einfachen und glatten Bruch des Friedensvertrages dar, über den keine Wortkünsteleien hinweghelfen können. — Die „Tägl. Rundschau" schreibt: Lloyd George erwartet von uns für die Entente annehmbare Angebote. Wir sind mit unserem Angebot bereits weit über die Grenze dessen gegangen, was Deutschlands Leistungsfähigkeit zu tragen vermag. Wir haben keine Veranlassung, mit neuen Angeboten hinter der Entente herzulaufen. Daß wir die Reparationspflicht erfüllen wollen, weiß das englische Parlament trotz allem Gerede Lloyd Georges, der nur verdecken will, daß die Weltpolitik heute in Paris gemacht wird.

Kommunistische Radauszenen im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. März. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr. Abg. **Mumm** (D.-N.) fordert die Regierung auf, alles zu tun, um die rassenfremde Ostein wanderung zu hemmen und die Ostjuden, aus denen viele Wühler und Schieber stammen, über die Grenze zurückzuschaffen. **Ministerialrat Hering** erklärt: Zur Abwehr des Zustromes von fremdstämmigen Ausländern ist die verschärfte Handhabung der Paßvorschriften angeordnet worden. Die Ostgrenze wurde zunächst für die nichtdeutsch-stämmigen Einwanderer grundsätzlich gesperrt. Nach Errichtung deutscher Vertretungen in den östlichen Randstaaten sind diese zu möglichster Zurückhaltung in der Erteilung der Einreisesichtvermerke angehalten worden. Die Reichsregierung hat ferner auf scharfe polizeiliche Ueberwachung der Grenze und dauernder nachdrücklichster Handhabung der fremdenpolizeilichen Befugnisse durch die Länder hingewirkt. Eine Massenabschiebung unerlaubt Eingewanderter über die Ostgrenze scheiterte an dem Widerstand der polnischen Behörden. (Hört, hört, rechts.) Verhandlungen mit der polnischen Regierung zur Regelung der Uebernahme auszuweisender polnischer Staatsangehöriger sind jetzt eingeleitet. Im Jahre 1920 sind 11458 Personen wegen unerlaubten Grenzübertrittes im Osten festgenommen worden. Davon sind 6109 wieder über die Grenze abgeschoben. Im Januar d. J. sind rund 2800 Personen teils am Grenzübertritt verhindert, teils nach unerlaubtem Grenzübertritt wieder abgeschoben worden. Zur vorläufigen Internierung solcher Ausländer, deren Abschiebung nicht alsbald durchführbar ist, stehen mehrere Lager zur Verfügung.

Abg. **Mumm** (D.-N.) bringt zum vierten Male eine Anfrage ein, in der über

Haussuchungen bei Führern der Rechtsparteien im Siegerlande

Beschwerde geführt wird. — Oberst **Kuenzer** legt eine ausführliche schriftliche Antwort vor. Sie enthält einen Bericht des Regierungspräsidenten in Arnsberg. Danach waren in der rheinischen Presse Nachrichten über die Organisation der Orgesch im rheinisch-westfälischen Industriebezirk erschienen, die in der Arbeiterschaft Beunruhigung erweckten. Um der Sache auf den Grund zu gehen, fanden Haussuchungen statt, die durchaus schonend vorgenommen wurden. Ein positives Ergebnis hatten sie nicht. Der Minister des Innern war mit dem Vorgehen einverstanden. Im Siegerlande wurden etwa 300 Gewehre ermittelt, die nicht vorschriftsmäßig angemeldet waren. Weitere Ermittlungen konnten noch nicht gemacht werden.

Auf eine Anfrage des Abg. **Körner** (D.-N.) gibt die Regierung zu, daß der Reichsausschuß für Oele und Fette zurzeit noch über etwa 45 000 Tonnen Rohstoffe verfügt, weil die Margarineindustrie in den Monaten Dezember und Januar einen unerwarteten Rückgang in ihrer Verarbeitung hatte. Der durchschnittliche Einstandspreis des Reichsausschusses beträgt etwa 26,50 Mk. pro Kilogramm, der gegenwärtige Durchschnittspreis für raffinierte Oele etwa 14 Mk., für Hartfett 16 Mk. Die Verluste des Reichsausschusses in seinen Rohstoffen infolge des Fallens der Weltmarktpreise haben auf den gleichen Gebieten auch die privaten Einkäufer und großen Konzerne erlitten.

Es folgt die

zweite Beratung des Reedereiabfindungsvertrages.

Der Ausschuß fordert in seiner Entschließung einen Zusatzvertrag, nach dem das Reich an dem Gewinn aus den neuzubauenden Schiffen beteiligt werden soll. Ferner soll in einem Zusatzvertrag das Recht des Hauptausschusses festgelegt werden, den ganzen Vertrag aufzuheben, wenn ihm die noch festzusetzenden Ausführungsbestimmungen nicht genehm sind. Außerdem wird die Regierung ersucht, ähnliche Verträge auch zur Abgeltung anderer Liquidationsschäden abzuschließen und dafür zu sorgen, daß in der Reedereitreuhandgesellschaft außer den Arbeitern und Matrosen auch die Angestellten vertreten sein sollen. — Abg. **Henke** (Unabh.): Wenn heute die Macht in den Händen der Arbeiter läge, dann würde ich den Reedern unbedenklich sagen: Ihr bekommt nichts. — **Staatssekretär Müller**: Das Abkommen sei wesentlich zu beurteilen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Deshalb solle man ihm möglichst einmütig beitreten. — Abg. **Höllein** (Komm.) behauptet, es handle sich hier um einen Raub von 12 Milliarden aus den Taschen des deutschen Volkes und wirft der Rechten schamlose Wege vor, worauf er vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen wird. Weiterhin muß der Präsident den Redner wiederholt zur Sache rufen, woran sich Höllein aber nicht kehrt. — Vizepräsident Dr. **Bell**: Sie sind bereits zweimal zur Sache gerufen worden. Ich muß nunmehr nach § 6 der Geschäftsordnung an das Haus die Frage richten, ob es den Redner weiter anhören will. (Lebhafte Rufe: Nein, nein!) Ich entziehe Ihnen das Wort. (Lebhafte Rufe links: Unerhört! Der Redner droht zum Präsidenten hinauf.) Ich ersuche den Redner, die Tribüne zu verlassen. (Erneuter Lärm auf der äußersten Linken. Abg. Höllein: Ich bleibe hier!)

Da sich der Abg. Höllein weigert, unterbreche ich die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Gleich nach Wiedereröffnung begibt sich der Abg. Höllein sofort auf das Rednerpult und verharrt dort in abwartender Haltung. Vizepräsident Dr. Bell: Das Wort hat der Abg. Schumann. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Abg. **Remmele** (Komm.) stürzt nach vorn und schreit: Höllein hat das Wort! (Große Unruhe im ganzen Hause. Die Kommunisten rufen andauernd: Höllein hat das Wort. Der Abgeordnete Höllein dreht sich zum Präsidenten um und erklärt: Ich habe das Wort und bleibe hier stehen. Große Unruhe.) — Vizepräsident Dr. Bell: Das Wort hat nur der Abg. Schumann. (Die Kommunisten schreien: Höllein! Die Mehrheit entwortet mit lautem: Nein, nein, nein. Die Kommunisten rufen dem Vizepräsidenten Schimpfworte zu. Allgemeiner großer Lärm.) Vizepräsident Dr. Bell zum Abg. Höllein: Ich habe Ihnen das Wort entzogen. Abg. Höllein: Ich bleibe hier stehen, holen Sie doch einen Leutnant und zehn Mann! — Vizepräsident Dr. Bell: Ich kann mich auf weitere Auseinandersetzungen nicht einlassen. Ich ersuche nochmals den Abg. Höllein, die Rednertribüne zu verlassen und dem Abg. Schumann Platz zu machen. Abg. Höllein: Ich werde den Platz nicht verlassen. Vizepräsident Dr. Bell: Dann unterbreche ich die Sitzung auf eine halbe Stunde und werde veranlassen, daß der Aeltestenrat zusammentritt.

Die neue Sitzung wurde um 4.10 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet, der erklärte, daß er auf Wunsch Dr. Bells den Vorsitz übernommen habe. Wegen der großen Unruhe am Schlusse der zuerst abgebrochenen Sitzung sind verschiedene Worte des Vizepräsidenten nicht verstanden worden. Der Präsident stellt aus dem Stenogramm fest, daß eine regelrechte Abstimmung über die Wortentziehung stattgefunden hat, aber sie ist vom größten Teil des Hauses nicht bemerkt worden. — Abg. **Levi** (Komm.): Wir stehen der Geschäftsordnung des Vizepräsidenten Dr. Bell mit dem größten Mißtrauen gegenüber. — Präsident Löbe: Der Aeltestenausschuß hat in seiner großen Mehrheit die Unparteilichkeit des Dr. Bell anerkannt.

Darauf werden

die Verhandlungen fortgesetzt.

Abg. **Schumann** (Soz.) erklärt: Wir stimmen nicht leichten Herzens der Vorlage zu, sie sei aber volkswirtschaftlich notwendig. Die Durchführung des Vertrages müsse aber unter Kontrolle von Vertretern der Arbeitnehmer und des Reiches geschehen.

Abg. **Hoch** (Soz.): Es handelt sich jetzt darum, ob Tausende von Werftarbeitern auf der Straße liegen, oder beschäftigt werden sollen. Ohne Eingreifen des Reiches können wir jetzt keine Arbeitsgelegenheit auf den Werften schaffen. Artikel 1 des Vertrages wird gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen. — Abg. **Höllein** (Komm.): Dieser Vertrag sei ein Verbrechen am Volke.

Die Arbeiterschaft habe kein Interesse an einer deutschen Flotte. (!)

(Gehh. Hört, hört!), sondern nur ein Interesse an niedrigeren Frachten. — Der Vertrag wird in zweiter Lesung angenommen. Gegen sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Levi (Komm.) Einspruch. Die Entschließungen werden angenommen. — Das Haus vertagt sich auf morgen 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London. Schluß ½6 Uhr.

Der preußische Landtag und die Regierungsbildung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. März. Am Schluß der heutigen Landtagssitzung beantragte Abg. Dr. **Lüdicke** (D.-N.), die Wahl des Ministerpräsidenten auf die morgige Tagesordnung zu setzen. — Abg. Dr. **v. Krause** (D. Vp.) beantragte, die Besprechung der Rücktrittserklärung der Staatsregierung auf die morgige Tagesordnung zu setzen. — Abg. **Adolf Hoffmann** (Komm.): Wir stimmen dem Antrag zu. — Abg. Dr. **Cohn** (Unabh.): Wir werden uns nicht daran beteiligen, das Regierungssteuer noch mehr nach rechts zu drehen. — Abg. Dr. **Porsch** (Z.): Vor Ostern ist die Wahl eines Ministerpräsidenten nicht möglich. (Sehr richtig.) Morgen vielleicht in eine Aussprache einzutreten über die Politik des verflossenen Kabinetts lehnen wir ab. Nach weiterer Aussprache werden die Anträge Dr. Lüdicke (D.-N.) und Dr. v. Krause (D. Vp.) unter großem Beifall der Mehrheit gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten abgelehnt.

Verabschiedung der vorläufigen Verfassung für Thüringen.

Weimar, 11. März. Der thüringische Landtag hat heute die vorläufige Verfassung für Thüringen endgültig verabschiedet. Aus diesem Anlasse hat die thüringische Landesregierung eine Amnestie für politische und disziplinarische Vergehen erlassen. (W. T. B.)

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Oppeln, 11. März. Nach einer Anordnung der interalliierten Kommission sind Wahlkarten oder Passierscheine mit Fehlern oder ohne Stempel neben der Unterschrift oder ohne Stempel auf dem Lichtbilde vollgültig. Alle Paßstellen an der Grenze haben Anweisung erhalten, niemanden dieser Mängel wegen zurückzuweisen. Abstimmungsberechtigte mit mangelhaft ausgefüllten Wahlkarten müssen diese vor dem Abstimmungstage noch beim paritätischen Ausschusse ihres Wahlortes berichtigen lassen. Die Wahlkarten sind trotzdem gültig, wenn die Berichtigung nicht mehr möglich war. (W. T. B.)

Die schwierige Lage Danzigs.

Danzig, 11. März. Nach einer Mitteilung des Senats droht Polen, um Danzig gegenüber den hochgespannten polnischen Forderungen bei den wirtschaftlichen Verhandlungen gefügig zu machen, mit der Einstellung der Lebensmittellieferungen an Danzig, zu denen es vertraglich verpflichtet ist. Danzig muß daher zu anderweitiger Lebensmittelbeschaffung bis zur nächsten Ernte schreiten und dazu mit einer Mehraufwendung von nicht weniger als 40 Millionen Mark rechnen, zu deren Beschaffung neben einer erheblichen Erhöhung der Brotpreise Einfuhrsteuern dienen sollen, ferner eine nochmalige Erhebung von Staatssteuerzuschlägen bei höheren Einkommen, eine Sondersteuer für Ausländer und eine eigene Handelsabgabe.

Die neuen Postgebühren.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. März. Der Reichstagsausschuß zur Beratung des Postgebührengesetzes beschäftigte sich heute mit den 15 Anträgen, die im Gegensatz zur Regierungsvorlage eine andere Tarifregelung zum Zwecke haben. Das Porto für die Postkarte im Ortsverkehr wurde auf 30, für Briefe im Gewicht bis zu 20 Gramm auf 50 Pfg. festgesetzt, für Briefe im Fernverkehr bis zu 20 Gramm blieb es bei der Regierungsvorlage, also 60 Pfg., in den weiteren Stufungen 80 und 120 Pfg. für Gewicht bis 100 bzw. 250 Gramm. Die Ansichtskarte wird zu ermäßigtem Drucksachentarif befördert und kostet 10 Pfg., jedoch dürfen nur fünf Worte auf der Vorderseite angebracht sein. Drucksachen bis 20 Gramm kosten 10, bis 50 Gramm 15, bis 100 Gramm 30, bis 250 Gramm 60, bis 500 Gramm 80, bis 1000 Gramm 100 Pfg. Die Paketgebühren blieben in der Höhe der Regierungsvorlage, wonach ein gewöhnliches Paket 3 Mk. in der Nahzone und 4 Mk. in der Fernzone kostet. Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach für Zeitungspakete bis 5 Kilogramm im Nahverkehr eine Gebühr von 1,50 Mk. erhoben wird. Desgleichen wurde nach einem Antrage der Deutschen Volkspartei und der Demokraten die Höchstgrenze bei Postanweisungen auf 2000 Mk. ausgedehnt, gegenüber 1000 Mk. der Regierungsvorlage.

Berlin, 11. März. Der Reichsrat erteilte dem Entwurf des Haushalts des Reichspostministeriums für das Rechnungsjahr 1920/21 die Zustimmung. Im allgemeinen ist der Postetat in der Kommissionsberatung unverändert geblieben. Nur zum Ausbau der Postkraftwagenlinien sind 3 Millionen mehr, als im Voranschlag vorgesehen, eingestellt worden. Für diese Zwecke fordert der Haushalt somit den Betrag von 33 481 000 Mark. (W. T. B.)

Die Neubildung des spanischen Kabinetts.

Madrid, 11. März. Maura wurde mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. (W. T. B.)

Madrid, 11. März. Die Beisetzung Datos erfolgte gestern in Gegenwart des Königs, aller Minister, des diplomatischen Korps, der Senatoren und Abgeordneten, sowie einer riesigen Menschenmenge. (W. T. B.)

Rücktritt Smillis.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Frankfurt a. M., 11. März. Die „Frankf. Ztg." meldet aus London: Der Rücktritt Smillis, des Vorsitzenden des britischen Bergarbeiterverbandes, ist endgültig. Dadurch verschärft sich die Lage hinsichtlich der Differenzen zwischen den Bergarbeitern und der Regierung wesentlich.

Ende des Streites zwischen Panama und Costarica.

Perpignan, 11. März. Die Madrider Zeitungen veröffentlichen folgendes Telegramm aus Panama: Die Feindseligkeiten zwischen den Truppen von Costarica und Panama wurden Dank der Vermittlung der Vereinigten Staaten eingestellt. Der Streitfall wird dem Völkerbund unterbreitet werden. (W. T. B.)